



**INHALT November/Dezember 2010**

**SEITE 1**

**THOR STEINAR IN NÜRNBERG UNERWÜNSCHT**

Gewerkschaftlicher Protest gegen Nazigeschäft zeigt Erfolg

**BRAUNE PROPAGANDA VOM HALS HALTEN**

Briefkastenaufkleber Aktion Zivilcourage

**SEITE 2**

**KUMPELVEREIN-ANSTECKER**

**AKTIONSWOCHE IM NETZ**

Soziale Netzwerke machten mobil

**INTEGRATIONSDEBATTE SCHÜRT VORURTEILE**

Ulrich Freese warnt vor Rassismus

**SEITE 3**

**NAZIS IN OFFENBURG VERHINDERN!**

Demonstration gegen rechten Aufmarsch war ein Erfolg

**„DAMIT WIR VOR ORT WAS BEWEGEN KÖNNEN“**

Antirassistisches Forum der ver.di Jugend

**BRAUNER DRECK INS ALTPAPIER**

Aktion der Thüringer DGB-Jugend

**SEITE 4**

**ZUM BEISPIEL MAINZ**

Orte der Vielfalt

**NEUE FÖRDERMITGLIEDER**

**FILM DES MONATS:**

Auseinandersetzen - Bildungsmaterial für Jugendliche gegen Neofaschismus



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

**THOR STEINAR IN NÜRNBERG UNERWÜNSCHT**

**Gewerkschaftlicher Protest gegen Nazigeschäft zeigt Erfolg**

Das Ladengeschäft Tønsberg in der Nürnberger Innenstadt, das die rechtsextrem belastete Modemarke Thor Steinar vertreibt, macht zum 6. Januar 2011 dicht. Dass der Spuk beendet wird ist vor allem ein Verdienst des Engagements der ver.di-Jugend und antifaschistischer Organisationen. Seit der Eröffnung vor zwei Jahren wurden über 100 Aktionen, Kundgebungen und Mahnwachen vor dem Laden organisiert. Damit informierte ver.di die Bevölkerung über die Hintergründe der Bekleidungs-Marke. Gemeinsam mit antifaschistischen Gruppen hatten die Gewerkschafter auch zum Boykott des Ladens aufgerufen. Formal hat sich der Betreiber auf einen Vergleich mit dem Vermieter, ein Nürnberger Architekt, geeinigt. Dieser hatte versucht, den Mietvertrag zu kündigen, da er sich getäuscht fühlte. Bei der Anmietung

kannte der Vermieter das Label nicht und war von normaler Outdoor-Kleidung ausgegangen. Ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) hat mit einem gerade veröffentlichten Urteil die Position des Vermieters gestärkt. Demzufolge muss ein Vermieter vor Abschluss des Mietvertrags darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass in seinen Räumlichkeiten vor allem Waren der in der rechtsradikalen Szene bevorzugten Modemarke "Thor Steinar" verkauft werden sollen. Andernfalls könne der Vermieter wegen arglistiger Täuschung kündigen. Mit dem Urteil gab der BGH Räumungsklagen von Vermietern gegen zwei derartige Läden in Magdeburg und Berlin statt. Ulli Schneeweiß von der Gewerkschaft ver.di: „Wir sind hoch erfreut. In einem beispielhaften Zusammenwirken zwischen dem getäuschten Vermieter in der juristischen Ausein-

andersetzung und politischem Druck verschiedener zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es nach zwei Jahren gelungen ein Zeichen zu setzen: Mit Szenekleidung von Nazis ist in Nürnberg auf Dauer kein Geschäft zu machen.“ Damit ist der Fall noch nicht ganz zu Ende. Schneeweiß: „Freilich ist das Problem Rechtsextremismus mit Schließung des Ladens nicht obsolet, wir werden also weiter am Ball bleiben müssen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass der Laden sich nun in Nürnberg eine für ihn ‚freundlichere‘ Lage anmietet. Daher mahnen wir Nürnberger Vermieter weiterhin zur Vorsicht bei entsprechenden Anfragen von Bekleidungs-geschäften. Wir werden bis zum endgültigen Aus des Ladens weiter vor Ort präsent sein. Schließlich wollen wir jenen auch das Weihnachtsgeschäft nicht gönnen“.

**BRAUNE PROPAGANDA VOM HALS HALTEN**

**Briefkastenaufkleber der Aktion Zivilcourage**



Mit der Größe von 3,5 cm mal 10,5 cm passt er genau auf die Klappe eines Briefkastenschlitzes. Er – das ist ein Briefkastenaufkleber mit der Aufschrift: „Bitte keine rassistischen und menschenverachtenden Schriften einwerfen!“ Herausgegeben wurde der Aufkleber von der Aktion Zivilcourage e.V. im Rahmen der Kampagne „Die Sächsische Schweiz ist BUNT.“ Braune Propaganda kann man sich damit aus dem Briefkasten und

somit vom Hals halten. Es erspart auch den Gang zum Mülleimer. Und es ist ein eindeutiges Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus und für ein friedliches Zusammenleben. Die Aktion Zivilcourage weist darauf hin, dass ein Zuwiderhandeln einige Hundert Euro kosten kann. Grundlage ist ein Urteil des Bundesgerichtshofes (Az: VI ZR 182/88). Darin ist entschieden worden:

1. Dem Eigentümer oder Besitzer einer Wohnung, der sich durch einen Aufkleber an seinem Briefkasten gegen den Einwurf von Werbematerial wehrt, steht gegenüber dem Werbenden ein Unterlassungsanspruch zu, wenn es dennoch zum Einwurf von Werbematerial kommt.
  2. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes führt der Einwurf von Werbesendungen in den Briefkasten des Klägers zu einer Verletzung seines Persönlichkeitsrechts sowie zur Eigentums- und Besitzstörung.
- Zur Information oder zum Nachmachen kann der Aufkleber bestellt werden unter:  
[www.aktion-zivilcourage.de/Bestellen.4102](http://www.aktion-zivilcourage.de/Bestellen.4102)



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ich möchte Euch auf unser Angebot hinweisen. Der Kumpelverein bietet Anstecker „Mach meinen Kumpel nicht an“ und „Gegen Hass und Gewalt“ an. Diese Anstecker eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus etc. Bereits seit 25 Jahren wird die „Gelbe Hand“ für Aktionen erfolgreich genutzt. Durch den Erwerb des Ansteckers unterstützt Ihr auch unsere Arbeit. Dafür herzlichen Dank!

Die Anstecker könnt Ihr auf unserer Webseite unter: [www.gelbehand.de/pins](http://www.gelbehand.de/pins) bestellen oder die Bestellung an [info@gelbehand.de](mailto:info@gelbehand.de) schicken.

Ein Anstecker kostet 1 Euro plus Versandkosten. Ab 100 Stück beträgt der Preis nur noch 0,50 Euro plus Versandkosten.

Mit besten Grüßen

Dr. Claudia Tietze, Geschäftsführerin



## AKTIONSWOCHE IM NETZ

Soziale Netzwerke machten gegen Rechts mobil

Vom 11. bis 17. Oktober fand im Internet die Aktionswoche „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ statt. Initiiert wurde die Woche vom [netz-gegen-nazis.de](http://netz-gegen-nazis.de) der Amadeu Antonio Stiftung.

Anlass: Rechtsradikale machen sich zunehmend in den sozialen Netzwerken breit, laden ihre Propaganda-Videos hoch oder steigen zunächst harmlos in Diskussionen ein. Das Parteiorgan der NPD hatte vor einiger Zeit Tipps verbreitet, wie man das angehen kann.

Die rechten Einträge in sozialen Netzwerken lagen im letzten Jahr laut der Initiative [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net) bei rund 2000 und haben sich seitdem verdreifacht.

Ziel der Aktionswoche war es zunächst, das Problem öffentlich zu machen und die Betreiber an ihre Verantwortung zu erinnern. Das

tat zunächst Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner, die zum Start der Aktionswoche die Betreiber dazu aufrief, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen: "Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte können so verbannt werden." Das stehe schon in ihren Geschäftsbedingungen, werde aber oft nicht durchgesetzt, weil solche Inhalte immer noch zu selten gemeldet würden.

Das ist das eine. Simone Rafael, Chefredakteurin von [netz-gegen-nazis.de](http://netz-gegen-nazis.de), gab zu bedenken, dass die sozialen Netzwerke überlastet seien, „weil solch enorme Mengen an Daten hochgeladen werden, die gar nicht alle zu kontrollieren sind“. Deshalb seien aufmerksame User nötig, die genau hinschauen, verdächtige Inhalte melden und auch direkt dagegen reden, wenn



sie merken, dass jemand rechte Parolen verbreitet.

Um die Nutzerinnen und Nutzer zu ermutigen hinzuschauen haben die sozialen Netzwerke in der Aktionswoche vermittelt: Wir wollen hier keine Neonazis, Rassisten, Antisemiten, die andere aufgrund ihrer menschenverachtenden Ideologie abwerten und ausgrenzen – setzt mit uns ein Zeichen und helft uns, deren Treiben in diesem Netzwerk klare Grenzen aufzuzeigen.

Angefangen hat es in 20 sozialen Netzwerken, 37 weitere große

und kleine Netzwerke und Foren haben sich im Laufe der Woche angeschlossen. 345.300 Menschen haben sich bis zum Ende der Aktion durch ihre Teilnahme in den Gruppen für die Aktion und damit für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ausgesprochen. Es wurde darüber diskutiert und gestritten, wie es weitergeht. Denn dass es weitergehen muss und wird ist allen klar. Weitere Informationen auf der Seite:

[www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de)

## INTEGRATIONSDEBATTE SCHÜRT VORURTEILE

Ulrich Freese warnt vor zunehmendem Rassismus

Der stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Ulrich Freese, nahm Ende Oktober in Hannover zu der aktuellen Diskussion um Integration Stellung: „Die von einigen konservativen Politikern geführte Debatte zu Integrationsfragen schürt Vorurteile gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen und lenkt von den tatsächlichen gesellschaftlichen Problemen ab. Damit kommen die Regierungsparteien nicht aus dem Stimmungstief“, so Freese.

„Nicht vermeintliche Integrationsverweigerer, sondern der zunehmende

Rassismus und Islamfeindlichkeit sind eines der Hauptprobleme in der Mitte unserer Gesellschaft“, so Ulrich Freese weiter. Dies belegten auch Untersuchungen, wie die gerade veröffentlichte Studie "Die Mitte in der Krise", die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst wurde. „Die wichtigste gesellschaftspolitische Frage der nächsten Jahre wird sein, wie wir es schaffen können, dass sich kein unüberwindbarer Graben mitten in unserer Gesellschaft auftut, weil die Mehrzahl der Menschen in Deutschland kein Wir-Gefühl verspürt.“

Die Geschichte des Einwanderungslandes Deutschland ist aus Sicht von Ulrich Freese zuallererst eine Erfolgsgeschichte. Trotz Schwierigkeiten, die hin und wieder im Zusammenleben auftreten ist für Freese klar: „Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist in Deutschland überwiegend erfolgreich verlaufen. Das Miteinander von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen gehört heute zur Normalität in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine großartige Leistung der



Ulrich Freese, Foto: Cintula

einheimischen Bevölkerung, der Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Aussiedler, die seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik heimisch geworden sind. Sie haben Wertvolles für eine erfolgreiche Integration geleistet.“

# NAZIS IN OFFENBURG VERHINDERN!

Demonstration gegen rechten Aufmarsch war ein voller Erfolg



Unter dem Motto „Nazis in Offenburg verhindern!“ sind am Samstag, dem 23. Oktober 2010 in Offenburg rund 1000 Menschen zusammen gekommen, um gegen den Aufmarsch der rechtsextremen NPD zu demonstrieren.

Drei Wochen zuvor erfuhr der Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes Offenburg, Klaus Melder, dass die rechtsextreme NPD für Ende Oktober eine Demonstration in Offenburg angemeldet hatte. Sofort lud er zu einem Aktionstreffen ins Gewerkschaftshaus ein, auf dem eine bunte Gegenveranstaltung geplant wurde.

Das Aktionsbündnis bestand innerhalb kürzester Zeit aus über 50 Or-

ganisationen – Gewerkschaften, Kirchen, Parteien – und Einzelpersonen. Auch prominente Offenburger Bürgerinnen und Bürger unterstützten die Gegenveranstaltung, darunter auch die Oberbürgermeisterin. Über 10.000 Flugblätter wurden in Geschäften, Schulen und Betrieben verteilt. In der Nacht vor der Demonstration hatte die IG Metall Jugend in „Guerilla-Aktion“ Flugblätter flächendeckend in den Offenburger Kneipen verteilt.

Zum Auftakt der Veranstaltung sprachen unter anderem Dorothea Siegler-Wiegand, eine Zeitzeugin der Naziherrschaft, und der baden-württembergische DGB Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf. Die

Demonstration führte dann zum Rathausplatz, der von den Demonstranten besetzt wurde. Die NPD hatte den Platz für ihre Kundgebung angemeldet, musste nun aber 50 Meter entfernt ihre Kundgebung abhalten. Diese ging im Lärm von Rufen und Trillerpfeifen aber weitgehend unter.

Nikolaus Landgraf stellte klar: „Wir wollen die Nazis hier weder sehen noch wollen wir ihre menschenverachtenden Parolen hören – schon gar nicht einen Tag nach dem 70. Jahrestag der Deportation der badischen Juden in das Lager Gurs in Südwestfrankreich.“ Landgraf machte sich außerdem für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren stark.

## „DAMIT WIR VOR ORT WAS BEWEGEN KÖNNEN“

Am letzten Oktoberwochenende fand das Antirassistische Forum der ver.di Jugend statt

Der Kampf gegen Rassismus in Betrieb und Gesellschaft gehört für die ver.di Jugend zu den selbstverständlichen Handlungsfeldern gewerkschaftlichen Engagements. Am letzten Oktoberwochenende fand deshalb in der Jugendbildungszentrale der ver.di Jugend in Naumburg das Antirassistische Forum statt. Aktive aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten ein Wochenende in verschiedenen Workshops über Themen wie Rassismus im Fußball, Standortnationalismus und die Gefahren der öffentlichen Gleichsetzung von antifaschistischem Engagement mit den Gewalttaten von Neonazis mittels der Extremismustheorie. In Praxisworkshops konnten sich die Teilnehmenden über die Grundlagen erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit, den Erfolgsfaktoren kommunaler Bündnisarbeit gegen rechts informieren. In einem Blockadetraining konnte die Verhinderung eines Neonaziaufmarschs mittels Sitzblockaden trainiert werden.

Eine Teilnehmerin, Sarah Böhmer, sagte nach dem Wochenende: „Auf dem Antirassismus-Forum habe ich viel Neues erfahren. Besonders die Kombination aus theoretischen und praktischen Workshops fand ich gut, da haben wir viel neues Erfahrung damit wir vor Ort etwas bewegen können.“

Organisiert wurde das Forum durch den Arbeitskreis Antirassismus der ver.di Jugend. In diesem arbeiten Ehrenamtliche aus der ver.di Jugend an Konzepten gegen Diskriminierung in Betrieb und Gesellschaft. Neben zahlreichen Workshops und Seminaren hat der Arbeitskreis auch den Reader „Ideologie. Macht. Nazis.“ erarbeitet, in denen verschiedene Formen von Diskriminierung beleuchtet und zahlreiche Handlungstipps gegeben werden.

## BRAUNER DRECK INS ALTPAPIER

Aktion der Thüringer DGB-Jugend

Die Thüringer DGB-Jugend hat als Zeichen eines gemeinsamen Vorgehens der Menschen in Thüringen für Demokratie und Toleranz eine Aktion gegen rechte Propaganda gestartet. Die Antwort auf eine Ankündigung der rechtsextremen NPD in Thüringen, eine groß angelegte Offensive mit eigenen Zeitungen zu starten, ist die Aufforderung, diese Zeitungen und anderes rechtes Propagandamaterial zu sammeln und bei der DGB-Jugend



abzugeben. Die verkauft es dann als Altpapier und spendet das Geld. Eine Möglichkeit ist es auch, im eigenen Kiez Zeitungen und Materialien von rechtsextremen Organisationen und Parteien zu sammeln und selbst als Altpapier zu verkaufen. Um zu sehen, wie das klappt, sollte in diesem Fall die DGB-Jugend per E-Mail informiert werden.

Potentielle Nachmacher können sich Anregungen holen bei:

**DGB Jugend Thüringen:**  
**Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt**  
**mailto: dgb-jugend-thueringen@dgb.de**  
**Telefon: 0361/5961460 /461**  
**www.dgbjugend-th.de**  
**www.twitter.com/dgbjugendth**

## FILM DES MONATS

**Auseinandersetzen -  
Bildungsmaterial für  
Jugendliche gegen  
Neofaschismus**

Bildungsmaterial für Jugendliche gegen Neofaschismus ist eine Multimedia-DVD, die Anregungen für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und für Jugendliche zum Thema Rechtsextremismus anbietet. Ausgangspunkt: Die Vielgestaltigkeit rechter Ausdrucksformen hat sich vergrößert, gleichwohl eint die Rechte ihre Weltanschauung. Diese DVD möchte die inhaltliche Auseinandersetzung damit fördern.

Kurze Clips, Texte und Bilder zeigen in fünf Schwerpunkten Ideologie, Geschichtsbild, Männer- und Frauenbilder, Organisationsstruktur und Erlebniswelt der extremen Rechten.

In den verschiedenen Rubriken finden sich Bildungsmaterialien und Spiele zur Auseinandersetzung mit der Alltagskultur und dem Menschenbild der Neonazis. Verschiedene Broschüren und Linksammlungen geben Tipps zur rechtlichen Fragen und Anregungen für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Für weitere Informationen gibt es eine kommentierte Liste mit Materialien zum Thema. Das Lexikon erklärt bestimmte geschichtliche und kulturelle Begriffe. In der Form von PDFs können verschiedenste Materialien herunter geladen werden.

DGB-Jugend Bremen und  
Standpunkt Bremen (Hrsg.),  
DVD

Der Film kann über das DGB  
Bildungswerk ausgeliehen  
werden:

[www.migration-online.de/  
medienverleih](http://www.migration-online.de/medienverleih)

## ZUM BEISPIEL MAINZ

### Orte der Vielfalt

Ende Oktober 2010 wurden in Berlin 52 Städte, Gemeinden und Landkreise von der Bundesregierung als „Orte der Vielfalt“ ausgezeichnet – eine davon Mainz.

Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt sei immer eine Stadt der Vielfalt gewesen – so Oberbürgermeister Jens Beutel –, eine „Völkerküche“, wie Carl Zuckmayer in „Des Teufels General“ die Rheinregion charakterisierte. Beutel weiter: „Das ist für die Mainzerinnen und Mainzer eigentlich nichts Neues. Mainz hat eine lange demokratische Tradition, der sich auch die heutige Stadtpolitik verpflichtet fühlt.“ Mit der Auszeichnung sei das nun auch amtlich.

Die Stadt unternimmt seit Jahren Anstrengungen, um Demokratie, Vielfalt und Toleranz zu fördern. In der vor kurzem zu Ende gegangenen „Interkulturellen Woche“ gab es in der Stadt 34 Veranstaltungen, 21 Bühnenprogramme und 85 Informationsstände, die von 80 Mainzer Vereinen und Initiati-

ven organisiert worden waren. Das Migrationsbüro der Stadt hat gemeinsam mit dem Beirat für Migration und Integration einen Handlungsplan Migration und Integration erstellt, um das friedliche Miteinander der Kulturen zu fördern.

Eine andere Initiative der Stadt: Im Mai 2010 hat der Stadtrat mehrheitlich ein aktives und passives Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige gefordert. Anlässlich der Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ schließlich hat die Landeshauptstadt die „Erklärung für Demokratie, Vielfalt und Toleranz“ unterzeichnet. Darin verpflichtet sie sich, aktiv für Demokratie, Vielfalt und Toleranz einzutreten und Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu bekämpfen, indem sie Akteure mit Vorbildfunktion unterstützt und qualifiziert, mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort zusammen arbeitet und die Entwicklung von Kindern und Ju-

gendlichen fördert.

Ein nach außen sichtbares deutliches Zeichen für Toleranz und Vielfalt ist die neue Mainzer Hauptsynagoge im Herzen der Stadt, die im September 2010 eingeweiht wurde.

Die Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ wurde erstmals 2008 an 68 Kommunen verliehen. Im Jahr 2009 waren es 93 und 2010 52 Kommunen. Ausgezeichnet werden Kommunen, die mit konkreten Aktivitäten interkulturelle Begegnungen fördern und sich für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in besonderer Weise engagieren.

### IMPRESSUM HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

### VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE  
Leo Monz, DGB Bildungswerk  
Volker Roßocha, DGB  
Bernd Vallentin, ver.di  
Holger Vermeer, IG Bau

### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

### REDAKTION

Bernd Mansel  
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

### FOTOS

IG BCE Kumpelverein

### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-4301 193  
E-Mail: [info@gelbehand.de](mailto:info@gelbehand.de)

### PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf  
Internet: [www.setzkasten.de](http://www.setzkasten.de)  
Tel.: 0211/40800900

## NEUE FÖRDERMITGLIEDER

*Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ hat neue Fördermitglieder. An dieser Stelle heißen wir sie herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für Ihre Unterstützung.*

Nachfolgend die Namen:

1. Achim Barchmann, ver.di, MdB, Wolfsburg
2. Hartmuth Baumann, IG BCE Bezirksleiter Nordostbayern
3. Uwe Bruchmüller, IG BCE Stellv. Landesbezirksleiter Baden-Württemberg
4. Walter Hüßhoff, IG BCE Ortsgruppe Gladbeck
5. Martin Landwehr, IG BCE Gewerkschaftssekretär Ibbenbüren
6. Beatrice Morgenthaler, Berlin
7. Silvia Nieber, IG BCE, Bürgermeisterin Bad-Münder
8. Michael Reinhard, IG BCE Bezirksleiter München
9. Eric Schley, DGB Niederrhein
10. Hubertus Schmoldt, IG BCE Vorsitzender a. D.

*Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie/Euch bitten die Arbeit des Vereins entweder durch eine Spende oder eine Fördermitgliedschaft (Mindestjahresbeitrag 36 Euro) zu unterstützen. Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.*

Vielen Dank!

Giovanni Pollice, Vorstandsvorsitzender